

Superreichen münzen wirtschaftlichen in politischen Einfluss, die Abgehängten bleiben nicht nur von den Wahlen fern, öffentliches Vertrauen und damit die Basis des Zusammenlebens erodiert. Wir laden Sie ein, am 28.-29. November 2016 mit uns in Berlin zu diskutieren, wie dieser Trend gestoppt werden kann, was zu tun ist, wie die *Gute Gesellschaft* gelingen kann.

Nessie hat die Fantasie vieler Abenteurer beflügelt, obwohl es offenbar nur ein Mythos ist. Die Forderung nach mehr Gleichheit hat die Kraft, der politischen Debatte wieder Flügel zu verleihen. Denn die *Gute Gesellschaft* ist kein Mythos, sie ist ein konkretes politisches Projekt. Wir arbeiten dafür.

Nähere Informationen zum Kongress »MEHR GLEICHHEIT – Wirtschaftlich notwendig. Politisch unerlässlich. Sozial gerecht.« der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28.-29. November in Berlin können Sie der Webseite <https://www.fes.de/mehrgleichheit/> entnehmen. Hier finden Sie weitere Angaben zu Programminhalten, Referent/innen und den verschiedenen Themen. (#Gleichheit16). Mail: gleichheit@fes.de



Jochen Dahm

ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der FES.



André Gärber

ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.



Thomas Hartmann

ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der FES.



Nora Neye

ist Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

Michael Hüther

Wie gerecht ist unsere Soziale Marktwirtschaft?

»Neue und alte Fragen an die Sozialdemokratie« – so war die »Wertekonferenz Gerechtigkeit« am 9. Mai 2016 betitelt, mit der die SPD versucht hat, an einen ihrer Grundwerte anzuknüpfen und sich zugleich der Zukunft zuzuwenden. Tatsächlich ist die Debatte um die Gerechtigkeit eine der wichtigsten in unserer Gesellschaft – und gleichzeitig eine der kontroversesten. Gerade in einer Zeit in der schon der Verteilungskampf publizistisch ausgerufen wird, tut ein Rückgriff auf einige Grundbegriffe des Themas Not.

Chancengerechtigkeit

Die Bürgerinnen und Bürger präferieren als Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Bezug, was systematisch den Anker der Gerechtigkeitsdebatte bildet: die Chancengerechtigkeit. Erst dann folgen Familien-, Leistungs-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit. Dementsprechend wird soziale Gerechtigkeit an folgenden Kriterien in dieser Reihenfolge festgemacht: vom Arbeitslohn leben können, gleiche Chancen auf gute Schulbildung für alle Kinder, Grundsicherungsverantwortung des Staates, Leistungsbezug der Einkommen; der Einkommensausgleich über Steuern folgt erst auf

Rang acht der Präferenzordnung. Die Dominanz der Chancengerechtigkeit ist plausibel, denn sie macht die Leistungsgerechtigkeit und die Bedarfsgerechtigkeit für alle leichter akzeptabel.

Dabei sollte interessieren, ob es hinsichtlich dieser Konzeption heute gerechter oder ungerechter zugeht, ob wir uns also dem Ideal annähern. Denn Gerechtigkeit geht in ihrem Absolutheitsanspruch an der Lebenswirklichkeit der Menschen und ebenso an der Gestaltbarkeit der Gesellschaft vorbei. Es geht um einen angemessenen und realistischen Maßstab, in dem die absolute Gerechtigkeit auf diese dynamische Weise in die menschliche Lebensperspektive pragmatisch eingefügt wird. Wir sollten somit fragen, ob es gerechter geworden ist.

Freiheit und Kompetenz, Heterogenität und Selbstverantwortung

Die Chancengerechtigkeit beruht auf der Annahme, dass der Einzelne verantwortlich handlungsfähig, seine Freiheitsberechtigung keine Schimäre ist. Dafür haben sich die Voraussetzungen erst in unserer Zeit angemessen erfüllt, denn während Mitte des 19. Jahrhunderts die Menschen etwa 18 % der Lebenszeit mit Arbeit verbrachten, sind es heute noch 8 %. Wer um 1960 in Rente ging, der hatte rund 95.000 Berufsarbeitsstunden hinter sich, heute sind es durchschnittlich 65.000 Stunden. Zudem ist die Lebenserwartung kontinuierlich gestiegen, wobei wir die gewonnenen Jahre überwiegend in Gesundheit verbringen und als späte, freilich nicht voraussetzungslose, auch mühevollere Freiheit verstehen können. »Nie zuvor haben sich die Lebenszeiträume weiter gedehnt, in denen nichts geschähe, wenn es nicht selbstbestimmt geschähe« (Hermann Lübbe).

In einer Welt des immer längeren Lebens und der steigenden Zivilisationsgewinne müssen wir Heterogenität durch den Lebensverlauf akzeptieren. Frühe Entscheidungen im Leben begründen eine zunehmende Differenzierung und Heterogenität der Lebenssituation, sie führen zu einer breiten Varianz der Gesichter des Alterns. Ein förderliches Bildungssystem schwächt dabei prädispositionelle Unterschiede nicht ab, sondern erhöht sie massiv. So nimmt die Heterogenität der individuellen Bedarfslagen zu. Im Lebensverlauf trifft den Einzelnen heute mehr als je zuvor eine größere Verantwortung der Selbstgestaltung, um souverän zu leben sowie in der Gesellschaft mitzuwirken.

Die freiheitseinschränkende Wirkung einer Sozialpolitik, die sich, von vermeintlichen Sicherungslücken unabhängig, davon leiten lässt, welche Ursachen zu identifizieren und welche Verantwortung zuzuweisen ist, muss ernst genommen werden. Nur so wird man ihre zielkonforme Gestaltung sichern können. Dabei wird unterstellt, dass die materielle Freiheit der ideellen Freiheit dient. Je mehr der Staat aber versucht, nicht lediglich Bedarfslagen einkommenspolitisch auszugleichen, sondern durch Handlungsanweisungen zu korrigieren, desto mehr läuft er Gefahr, die Menschen zu Opfern zu machen. Er verschiebt die Grenze der Freiheit zum Nachteil der Bedürftigen.

Ungleichheitsfolgen der Chancengleichheit

Wie gesagt: Die Chancengerechtigkeit steht hoch im Kurs und meist nicht im Streit,

denn wenn die Chancenverteilung fair – weil gleich – war, ist die Orientierung an der Leistung ebenso leichter zu vermitteln wie die Gewährung des Grundsicherungsbedarfs. Allerdings ist zugleich anerkennungsbedürftig, dass die faire Ausgangsverteilung der Chancen gerade nicht zu einer größeren Gleichverteilung der Einkommen führen muss.

Unterschiedliche kognitive Fähigkeiten, technische Begabungen, soziale Kompetenzen und Präferenzen der Menschen führen zu Differenzierungen, und zwar ganz unabhängig vom Elternhaus. Die Menschen sind unterschiedlich. Die faire Chancenverteilung lässt diese Ursachen einer Differenzierung wirksam werden. Insoweit sind Unterschiede in den Lebensformen und die damit einhergehende Ungleichheit politisch weitgehend indisponibel. Aus der begrenzten politischen Verfügbarkeit resultiert nicht selten eine »Hilflosigkeit des Umgangs mit Ungleichheitserfahrungen, deren Intensität in egalitären Gesellschaften kraft der Begrenztheit verfügbarer Ausgleichsmöglichkeiten zunimmt« (Lübbe).

In der Sozialen Marktwirtschaft wird deshalb stimmig das Produktionsproblem – die Einkommensentstehung – vom Verteilungsproblem – der Einkommensverfügbarkeit – getrennt. So liegt ordnungspolitisch das Problem nicht in der Entstehung der Markteinkommen, insofern sie unter der Bedingung offener, wettbewerbsintensiver und bestreitbarer Märkte entstanden sind. Hier wird die einkommenspolitische Bedeutung des Wettbewerbs sichtbar, die bis zur Enteignung führen kann. Die Wettbewerbspolitik verhindert Renten und sorgt für Leistungsgerechtigkeit, die Umverteilungspolitik zielt auf Bedarfsgerechtigkeit.

Vorschläge zur Gestaltung des öffentlichen Raums

Das Konzept des öffentlichen Raums – im Sinne von Hannah Arendt – erfasst das Zusammentreffen der Menschen jenseits der Privatheit in der staatlichen Ordnung. Im öffentlichen Raum konkretisiert sich die Bereitschaft zur Mitverantwortung, das Interesse für und die Sorge um das Gemeinwohl sowie die Offenheit für die Belange der anderen. Im öffentlichen Raum wirken Staat, Markt und Zivilgesellschaft zusammen; er ist der Ort der Kooperation, der Koordination, des Konflikts, der Aushandlung und des Ausgleichs.

Ein schwacher Staat, der orientierungslos und kraftlos ist, kann die elementaren Voraussetzungen für die Gestaltung des öffentlichen Raums – den friedlichen Austausch von Interessengegensätzen und die friedliche Lösung von Konflikten – nicht erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf Verlässlichkeit, der mit jedem Reden und Handeln im öffentlichen Raum beginnt.

Das Schlechtreden ganzer Systeme – des Wohlfahrtsstaats, des Bildungssystems, der Alterssicherung – durch empiriefreie Thesen und skandalisierende Behauptungen ist kein konstruktiver Beitrag für den öffentlichen Raum. So wird das gesamte politische und gesellschaftliche Ringen um angemessene Lösungen desavouiert und der Sozialstaat diskreditiert. Wer behauptet, Deutschlands Soziale Marktwirtschaft existiere nicht mehr, in unserer Wirtschaftsordnung werde mit gezinkten Karten gespielt, wie dies manche Ökonomen unter großer medialer Anteilnahme tun, der leistet keinen Beitrag zur Lösung bestehender Probleme.

Wie chancengerecht ist unsere Soziale Marktwirtschaft?

Bindet man die bisherigen Überlegungen zusammen und fragt nach dem gegenwärtig für Deutschland zu ermittelnden Befund, dann lässt sich mit Blick auf das hier entfaltete Gerechtigkeitskonzept Folgendes festhalten:

- Unsere Soziale Marktwirtschaft ist leistungsfähig. Seit 2005 steigt die Beschäftigung nahezu durchgängig mit einem hohen Anteil sozialversicherungspflichtiger Jobs an; seit 2005 hat sich der Niedriglohnsektor relativ nicht mehr ausgeweitet und die gesellschaftliche Mitte (einkommensbezogen) stabilisiert. Seit 2000 hat sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Älteren spürbar erhöht, so dass Deutschland hier heute den OECD-Durchschnitt deutlich überragt und auf die Spitzenplätze vorgezogen ist.

- Das Steuer-Transfer-System wirkt effektiv und hält ordnungspolitisch angemessen die Ungleichverteilung der Nettoeinkommen gering. Die Ungleichverteilung der relevanten Markteinkommen (ohne Rentner) liegt deutlich unter dem Niveau der USA und dem der skandinavischen Länder. Der Anteil der Menschen, die unter materieller Entbehrung leiden, ist im EU-Vergleich stark unterdurchschnittlich.

- Die Ergebnisse des Bildungssystems haben sich kontinuierlich verbessert, die frühkindliche Bildung wurde ausgebaut, das Ganztagschulprogramm etabliert, die duale Berufsausbildung modernisiert und die Hochschulen international wettbewerbsfähig gemacht. Indes: Die frühkindliche Bildung und die individuelle Förderung sind auszubauen, die Konsistenz der Bildungskonzepte entlang der Institutionen ist zu erhöhen, die Berufsschulpflicht konsequent umzusetzen und die Einführung von Studiengebühren zu prüfen.

- Die Familien wurden durch das Elterngeld und den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz besser gestellt. Indes: Zu verbessern ist weiterhin die Zeitsouveränität der Familien, das betrifft vor allem die verlässliche Kinderbetreuung und die Zeitkonzepte der allgemeinbildenden Schulen.

- Die Zivilgesellschaft entwickelt sich dynamisch und leistet einen bedeutsamen Beitrag für den Umgang mit der steigenden Heterogenität der Lebenslagen.

Die Grenzen der Verbesserung zeigen sich daran, dass trotz steigender Erwerbsbeteiligung die gesellschaftliche Mitte nur stagniert, nicht aber stärker wird. Deshalb sind Arbeitslose und Alleinerziehende, die hohen Risiken der Armutgefährdung ausgesetzt sind, besonders zu betrachten und individuell zu unterstützen sowie zu fördern. Hier wie auch beim Armutrisiko im Alter geht es darum, durch eine Stimulierung des Wohnungsbaus Entlastung zu schaffen, denn die Wohnkosten belasten diese Haushaltseinkommen besonders.



Michael Hüther

ist seit 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln sowie Mitglied der 6. Altenberichtscommission sowie der 1. und 2. Engagementberichtscommission der Bundesregierung.

www.iwkoeln.de